



Bürgerinitiative Alstertal/Walddörfer/Ahrensburg für Fluglärmschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein

Pressemitteilung

30.10.2014

BAW: Diskussionsabend zum Fluglärmschutz ein voller Erfolg! Über 250 Betroffene haben sich in Duvenstedt versammelt

Am gestrigen Abend (29.10.2014) wurde im Max-Kramp Haus in Duvenstedt ein deutliches Signal durch die Bürgerinnen und Bürger aus dem Alstertal und den Walddörfern sowie aus Ahrensburg gesetzt, dass es "so wie bisher" mit dem Thema Fluglärm nicht weiter gehen kann. Weit über 250 Teilnehmer - z.T. deutlich verärgert über die vorherrschende Situation - haben über zwei Stunden intensiv mit Vertretern der Landespolitik sowie des Flughafens debattiert. Dabei wurde klar, dass es insbesondere die zahlreichen Regelverstöße sind, die im wahrsten Sinn des Wortes nerven. Missachtungen der Nachtflugbeschränkungen sowie der Bahnbenutzungsregeln, Abweichungen von den Start- und Landekorridoren, Unterschreitungen der Mindestflughöhe sind nur ein Teil des vorgetragenen Kataloges. „Manches Mal herrscht scheinbar ein regelloses "Wild-West-Fliegen" am Himmel“ so Martin Mosel, Sprecher der BAW - Bürgerinitiative Alstertal/Walddörfer/Ahrensburg für Fluglärmschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein.

Beispielsweise starten Flugzeuge erst um kurz vor 23:00 Uhr in Kopenhagen, obwohl die Piloten wissen, dass sie dann in Hamburg verspätet eintreffen und hierbei rücksichtslos die Anwohner aus dem Schlaf reißen werden. Hierin waren sich alle anwesenden Politiker (Herr Dr. Dressel (SPD), Herr Thering (CDU), Frau Blömeke (Grüne) und Herr Behrens (Linke) einig: Um die noch verbliebene Akzeptanz des innerstädtischen Flughafens zu erhalten, muss dringend gegengesteuert werden. Beispielsweise sollen die Strafzahlungen für verspätete Flieger sowie besonders laute Flugzeuge angehoben werden. „Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung“, bestätigt Martin Mosel, „jedoch bei weitem nicht ausreichend.“

Aktuell sind es lediglich rd. 1.400 Euro, die bei einer Verspätung zu entrichten sind. Hiergegen stehen über 60.000,- Euro, die die Fluggesellschaften aufgrund der Fluggastentschädigungsrechte zahlen müssten“. Auch nach der geplanten Erhöhung würde weiterhin keine hinreichend lenkende Wirkung erzielt werden.

Einen besonders schweren Stand hatte Herr Schmidt, Umweltbeauftragter des Flughafens Hamburg. Da seine zuständigen Kollegen von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) sowie der Deutschen Flugsicherung (DFS) allesamt kurzfristig verhindert waren, entlud sich ein Großteil des vorgebrachten Unmuts auf seinen Schultern. Zahlreiche Fragen, die während der Veranstaltung aufkamen, konnten daher leider nicht beantwortet werden. "Wir werden diese sammeln und den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden zukommen lassen", versichert Martin Mosel. Er zeigte sich enttäuscht über das Fernbleiben der Behördenvertreter. "Wenn in naher Zukunft sich die Fluglärmsituation im Hamburger Nordosten nicht wesentlich verbessert, werden wir unser Recht wahrnehmen und erstmalig direkt im Hamburger Flughafen demonstrieren", versichert Ulrich Flamme, der den Abend zusammen mit Martin Mosel moderierte. "Die bisherige Umsetzung des 10-Punkte-Programms ist nicht zufriedenstellend", so Ulrich Flamme weiter, "der Wahlkampf in Hamburg steht an und dies werden wir nutzen". Beide Ankündigungen trafen den Nerv der Anwesenden, was mit lautem anhaltendem Beifall bekundet wurde.

Vielleicht haben die anwesenden Politiker auch daran gedacht, auffällig war, dass allseits großes Verständnis für die Belange der BAW vorgetragen wurden. Herr Dressel versicherte, er wird sich dafür einsetzen, dass der im interfraktionellen 10-Punkte-Plan aufgeführte zumindest im Probetrieb bei 10 nautischen Meilen (NM) umgesetzt wird. Herr Thering betonte mehrfach, dass der 10-Punkte-Plan keinen bloßen Prüfauftrag für die Behörden darstellt, sondern dass es sich um einen Beschluss der Hamburger Bürgerschaft handelt und entsprechend umzusetzen ist. Frau Blömeke war es besonders wichtig darauf hinzuweisen, dass der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger oberste Priorität hat und nicht den rein wirtschaftlichen Interessen der Fluggesellschaften und des Flughafens geopfert werden darf. Herr Behrens wies darauf hin, dass für ihn ein verbindliches Nachflugverbot maßgeblich ist. Gemeinsam sagten alle Politiker zu, sich dem Thema Fluglärmenschutz weiterhin aktiv zuzuwenden.

Auch ein Pilot meldete sich zu Wort und versicherte, dass an anderen Flughäfen im steileren Winkel angefliegen wird und um dicht bewohnte Bereiche nach Möglichkeit ein Bogen geflogen wird. Beides hätte zur Folge, dass der Fluglärm am Boden geringer ausfällt. Die Nachfrage, warum dies nicht auch in Hamburg praktiziert wird, konnte keiner der eingeladenen Podiumsteilnehmer beantworten.

Als Fazit ist festzustellen, dass der Flughafenbetrieb nicht bis an die Grenzen des technisch machbaren ausgereizt werden darf, sondern die Verträglichkeit für die vom Fluglärm betroffene Bevölkerung maßgeblich ist. Die Fluglärmbeeinträchtigungen an den drei im Wesentlichen genutzten Bahnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die weit unterproportionalen Landungen und Starts Richtung Südosten (lediglich 3 % des Flugaufkommens) noch gesellschaftlich vertretbar ist. Unbestritten ist es höchste Zeit, die massiven Beschwerden aus der Bevölkerung ernst zu nehmen und wirksame Gegenmaßnahmen gegen den überbordenden Fluglärm verbindlich und auf Dauer umzusetzen.

Begrüßt wurde insbesondere die Teilnahme der Fraktion der WiN („Wir in Norderstedt“) als sehr interessierte Zuhörer mit Reimer Rathje als Fraktionsvorsitzenden sowie von Frau Magarete Hartl-Sorkin, Vorsitzende der BIG-Fluglärm Hamburg e.V. aus Langenhorn.

Pressekontakt:

Martin Mosel | Sprecher

BAW Bürgerinitiative Alstertal/Walddörfer/Ahrensburg
für Fluglärmenschutz in Hamburg und Schleswig-Holstein

Fon 040.81971300

Fax 040.81971350

Mobil 0151.44201021

info@fluglaerm-alstertal-walddoerfer.de

www.baw-fluglaerm.de

www.facebook.com/bawfluglaerm

